

SPD-Fraktion – Rede zur 1. Lesung Kreishaushalt 2019

(es gilt das gesprochene Wort)

Rückblick / Allgemeines

Beginnend ein Rückblick - **HH 2017** - trotz großer Herausforderungen sehr gute Finanzsituation und auch im laufenden **HHJ 2018** keine nennenswerten finanziellen Probleme.

9 Jahre gute konjunkturelle Entwicklung in Deutschland - niemand hat mit dieser langandauernden positiven Stimmung gerechnet.

Wirtschaftlich gute Stimmung – ansonsten spüre ich eine eher fragende, zweifelnde ja oft unzufriedene Stimmung in der Bevölkerung - Eigentlich schade.

Der vorliegende **HHP für 2019** sieht schlüssig und auch problemlos aus – aufgebaut auf dem Grundgerüst

- Einer Nullverschuldung
- Voraussichtlich liquide Eigenmittel zum Jahresende von über 40 Mio
- steigender Steuerkraft der Gemeinden
- einem stabilem Finanzausgleich
- anderen beständigen Erträgen
- und einem ordentlichen Ergebnis von 4,8 Mio

Ausgaben/ Investitionen

Die **Sozialtransferleistungen** haben wir – abgesehen von den Risiken die alle LK im Bundesgebiet betreffen, gut im Griff.

Wir haben hier in 2019 eine Erhöhung um 3,1 Prozent.

Ich hab mal in den Produktgruppen genauer nachgeschaut, da im Vorbericht das Bundesteilhabegesetz mit den Hilfen für Flüchtlinge und Kinder und Jugendhilfe in einem Zug ohne Beträge genannt wird - und es den Anschein erweckt, dass alle drei Bereiche eine gleich hohe Steigerung aufweisen - und den Haushalt somit gleich stark belasten.

Mit 2,6 Millionen wird diese Erhöhung aber hauptsächlich durch das neue Bundesteilhabegesetz verursacht.

Ca. 1/10 nämlich 270 T sind es bei der Kinder und Jugendhilfe und 230 T bei den Hilfen im Flüchtlingsbereich – Nur eine kleine Verdeutlichung.

Trotz der Kosten stehen wir aber voll hinter dem Bundesteilhabegesetz: Es ermöglicht Menschen mit Behinderung eine bessere Teilhabe am Leben und eine stärkere Selbstbestimmung.

Unser **Investitionsvolumen** ist weiter hoch – sogar 7,8 Mio. € mehr als im Vorjahr.

Aber wir halten auch fest: Unsere Investitionen - und hier nenne ich auch noch unsere Beteiligungen - sind nachhaltig und zukunftssichernd.

Man denke hier z.B. an

- Den geriatrischer Fortbestand in Laupheim
- Die Investitionen in unsere Schulen
- Den Breitbandausbau – hier müssen immer wieder schnelle Entscheidungen, welche auch gewisse Risiken in sich haben, getroffen werden. Schnelle Entscheidungen sind hier aber erforderlich. Zum einen, um den Ausbau nicht ins Stocken zu bringen, zum anderen die Kosten im geplanten Rahmen zu halten.
- Auch bei der Mobilität investieren wir zukunftsweisend, z.B. in den Ausbau von Straßen (Aufstieg zur B 30 sowie Ausbau B 312) aber wir investieren auch und das ist zwingen erforderlich, in Maßnahmen beim ÖPNV. Hier erwarten wir aber, dass der eingeschlagene Weg weiter mit Nachdruck verfolgt wird - dies gilt insbesondere für den ÖPNV, und hier wiederum bei den Pendlerverkehren (Stichwort: Beteiligung des LK an den Attraktivierungskosten des Stadtlinienverkehr Biberach).

Dem **Personalhaushalt** mit + 13 Stellen können wir zustimmen - netto sind dies „nur“ 219.324 € mehr (ohne Tarifsteigerungen).

Die Aufgaben wachsen – mit unserem Zutun! (Stichwort Breitbandausbau) und ohne unser Zutun! (Stichwort: neues Bundesteilhabegesetz).

Wir sehen aber auch Risiken – vor allem in der mittelfristigen Finanzplanung

Die meisten - so auch unsere LK-Verwaltung gehen bis 2022 von einer weiterhin positiven wirtschaftlichen Entwicklung aus - und somit von stabilen, berechenbaren Haushalten.

Dies sehen wir kritischer

Erste Veränderungen sind sichtbar:

- die Reduzierung der Erwartung des Wirtschaftswachstums
- die drohende Wirtschaftskrise in Italien
- die Diskussion über Zölle etc.
- die Gefährdung der Produktivität unserer Wirtschaft durch den Fachkräftemangel
- auch der neue Armutsbericht zeigt, dass wir hier mittelfristig mehr Ausgaben haben werden
- und wir vertrauen zwar der ENBW – an Ausschüttungen glauben wir aber erst wenn wir sie in 2020 auf dem Konto haben

und für uns ein entscheidender Punkt:

Wir wollen und müssen auch in bisher nicht veranschlagte Bereiche neu oder mehr investieren. Bereiche die so in der mittelfristigen Finanzplanung nicht aufgeführt sind.

Ich möchte ein paar aufzeigen:

In den letzten Ausschüssen haben wir drei sehr interessante Berichte erhalten. Wer sie gelesen und bei der Vorstellung in den Ausschüssen und den anschließenden Diskussionen genau hingehört hat, konnte hier einige Herausforderungen erkennen. Ich meine den Geschäftsbericht des Kreisjugendamtes, den Bericht zu den Strukturen und Angeboten in der Kindertagesbetreuung sowie die Vorlage zur Bildungskoordination für Neuzugewanderte, dem Erfahrungsbericht Bildungsintegration 2015-2018.

Festzustellen ist

- Die Gemeinden wollen weiter Wohngebiete erschließen – insbesondere auch da, wo Baugrund noch günstiger ist. Sie wollen ihre Bürgerinnen und Bürger in der Gemeinde halten. Dies ist zu begrüßen und zu fördern.
- Dies erhöht aber auch den Pendlerverkehr

Wie können wir als Landkreis die Gemeinden unterstützen?

Eine Antwort ist: Es muss in den Gemeinden bereits ein **funktionierender ÖPNV vorgehalten** oder zumindest **verbindlich in Aussicht gestellt** werden.

Hier gilt es deshalb schnell Konzepte zusammen mit den Gemeinden und der Wirtschaft zu erarbeiten – aufbauend auf dem gerade erarbeitenden Nahverkehrswegeplan.

- Jetzt noch konkreter zum bezahlbaren Wohnraum. Warum denkt der Kreis nicht darüber nach, eine **kommunale Wohnungsbaugesellschaft** zu gründen. Die Stadt Biberach hat es umgesetzt. Es hat zwar lange gedauert – da Forderungen vom früheren OB nie eine Mehrheit im Gemeinderat fanden. Wir wären heute schon weiter, wenn man bereits vor einigen Jahren hier investiert hätte.

Wir erwarten hier Aussagen von der Kreisverwaltung - und wir als SPD fordern den Einstieg des Kreises in den kommunalen Wohnungsbau.

- In den angeführten Berichten war weiter zu lesen, dass große Anforderungen auf uns zukommen – eigentlich schon da sind, was die Integration Neuzugewanderten betrifft. Viele, auch Familien, kommen aus den östlichen EU-Ländern zu uns – aus einer anderen Kultur und sprechen i.d.R. kein Wort Deutsch. Sie wollen hauptsächlich eines: Arbeit – und davon haben wir mehr als genug – deshalb wird der Zustrom weiter andauern.

Nehmen wir uns dieser weiteren Herausforderung an. Es wird zu Beginn, neben dem Bedarf an Wohnraum, Kosten für die Integration verursachen - aber mittelfristig uns allen zu Gute kommen.

- Die CDU-Generalsekretärin Annegret Kramp-Karrenbauer hat gerade erst das Armutsproblem in Deutschland als **sozialen „Sprengsatz“** bezeichnet und mehr Chancengleichheit angemahnt. Es bestehe dringender Handlungsbedarf, zumal viele Kinder von Armut betroffen seien. Da hat sie Recht. Das sagt auch der Armutsbericht und vor allem sagt es Josef Martin schon seit Jahren.... und er sagt auch: Dies gilt auch für den Landkreis Biberach. ... und da hat er auch recht. **Deshalb fordern wir, dass unsere Blicke verstärkt in diesen sozialen Bereich gerichtet werden und nach Verbesserungen für die sozial Schwächeren gesucht wird. Beseitigen wir diesen sozialen Sprengsatz, auch wenn es zu Beginn Kosten verursacht.**

Wir sehen, es gibt sehr viele finanzielle Herausforderungen für den Landkreis- die so nicht in der mittelfristigen Finanzplanung stehen.

Deshalb haben wir lange in der Fraktion über die vorgeschlagene Senkung der Kreisumlage auf 26 % diskutiert. Können wir die **Kreisumlage** trotz der deutlich erkennbaren Herausforderungen jetzt schon zum 3. Mal in Folge senken?

Aber, und das spricht für eine Senkung, unser „Grundgerüst“ ist sehr gut. Die genannten Herausforderungen kosten in den kommenden 2 – 3 Haushalten nicht so viel, dass wir es nicht bewältigen können. Auch eine Erhöhung der Kreisumlage könnte ja, wenn erforderlich, bereits zum nächsten Haushalt beschlossen werden.

Wir stimmen deshalb der Senkung zu. Aber eines ist klar: Einer weitergehenden Senkung der Kreisumlage, so sie denn beantragt werden sollte, stimmen wir nicht zu!

Ergänzende Anträge / Anfragen / Bemerkungen zum Haushalt 2019

Wir wären auch nicht die SPD, wenn wir uns nicht aktiv an den Geschicken des Kreises beteiligen würden. Wir haben noch einige ergänzende Anträge, Anfragen und Bemerkungen zum Haushalt 2019.

- Im Zuge des Fachkräftemangels müssen unserer **Berufsschulen noch aktiver werden**. Hier wären Beratung in den zuständigen Ausschüssen im kommenden Jahr mehr als angezeigt. Z.B. Diskussionen über den Ausbau der Fernstudien, über attraktiveren der Mangelberufe oder Fachdeutschkurse.

Was das BSZ in Biberach betrifft favorisieren wir für den Neubau der Erweiterung am Standort es bisherigen Schülerwohnheimes, welches dann an einem attraktiven Standort neu gebaut werden muss.

- Mit dem Haus der **Kleinen Biber** wurde ein Angebot der Kindertagespflege für die Beschäftigten von Landratsamt und der Kreissparkasse in Kooperation mit dem Tagesmütterverein geschaffen - Eine sehr gute Sache - Die SPD beantragt eine Ausweitung der Nutzungsberechtigten für die Kinderbetreuung von Kreisrätinnen und Kreisräten während der Kreistags- und Ausschusssitzungen. Warum? So können neben Beruf und Familie auch das Ehrenamt vereinbart werden. Für Familien ein wichtiges Argument im Vorfeld der kommenden Kommunalwahlen. Wir müssen Anreize setzen, dass sich

auch junge Mütter oder Väter aktiv am politischen Ehrenamt beteiligen können.

- Aufbauend auf die Kreissenorenplanung wurde im Landkreis damit begonnen, das Thema „**Sorgende Gemeinschaft**“ in die Öffentlichkeit zu tragen. Wir fordern, dass der Landkreis dieses Thema noch intensiver als bisher bearbeitet und sind der Meinung, das Haushaltsmittel bereitgestellt werden müssen um dieses wichtige Thema voranzubringen.
- Auch bei der Schaffung einer **bedarfsgerechten medizinischen Versorgungsstruktur** muss sich der Landkreis aktiv beteiligen. Nicht mit Dauerkosten, aber mit Maßnahmen und Hilfen zur Schaffung der Grundstruktur.

Im Bereich Umwelt und Energie wurden wichtige Entscheidungen getroffen, die allerdings im kommenden Haushaltsjahr mit Leben gefüllt werden müssen.

- Nachdem **der Landschaftserhaltungsverband (LEV)** 2017 gegründet wurde und die Geschäftsstelle seit dem 1. Oktober mit zwei sachkundigen Geschäftsführern besetzt ist, **erwarten wir ein konkretes Arbeitsprogramm** zur Erhaltung und Entwicklung unserer prägenden Landschaftsbestandteile. **Frage: Wurde wie von uns vorgeschlagen der beratende Fachbeirat um einen Biolandwirt erweitert? Es sollte gewährleistet sein, dass alle Interessengruppen gleichberechtigt vertreten sind?**
- Der Landkreis ist auch der "**Arbeitsgemeinschaft Fahrradfreundlicher Kommunen in Ba-Wü**" beigetreten. **Frage: Welche Maßnahmen werden von der Verwaltung geplant, damit die Voraussetzungen für einen Fahrradfreundlichen Landkreis erfüllt werden.**
- **Dephosphatierung:** Phosphor ist für das Wachstum von Pflanzen essenziell, aber in Deutschland eine Mangelressource. Klärschlamm gilt als größte sekundäre Rohstoffquelle. **Wir beantragen die Prüfung einer mobilen Phosphor Rückgewinnung in Zusammenarbeit mit der EnBW.**
- Mit Spannung erwarten wir auch die Konzeption zur separaten **Bioabfallerfassung. Wir wollen hier eine konkrete Darstellung der Ökobilanz der im Bringsystem erfassten Bioabfälle.**
- **Abfallwirtschaft:** Bis 2022 werden die Gebührenüberschüsse aufgebraucht sein, allerdings sollten sich unsere Sorgen in Grenzen halten. Denn durch den von uns beantragten Beitritt zum Zweckverband TAD Ulm ab Juni 2020 erwarten wir eine Reduzierung der Entsorgungskosten um 40%.
- **Stichwort Plastikmüll.** Auch im Landkreis muss etwas zur Vermeidung des Plastikmülls getan werden. Daher möchte ich unseren Antrag von 2017 nochmals in Erinnerung rufen. Wir gehen davon aus dass der LK hier weiterhin eine Führungsrolle übernimmt, und in LK eigenen Einrichtungen weder Kaffe to go Becher noch die schädlichen Kaffeekapseln verwendet werden.

- Weiter müssen wir dafür sorgen, dass Die Realisierung **privater regenerativer Energievorhaben** entbürokratisiert wird; hier ist in Zusammenarbeit mit der Energieagentur nach Lösungen zu suchen.
- Auch der Tierschutz liegt uns am Herzen. Der **weltweite Bestand an Wirbeltieren** ist laut WWF seit 1970 um 60 % zurückgegangen. Auch in Deutschland und Europa ist die biologische Vielfalt gefährdet. Nur wenn die Lebensbedingungen in der Agrarlandschaft mit Agrarumweltmaßnahmen verbessert werden, können Feldlerche, Rebhuhn und Feldhamster überleben. **Wir bitten deshalb um Erweiterung unseres Programms für Landwirtschaft, Ökologie und Umweltbildung.** Wir brauchen mehr Feldflur- und Brachflächen als Rückzugsflächen. Mit **Extensivierungsmaßnahmen** in der Landwirtschaft, das Belassen von Stoppelfeldern und Erntestreifen können wir dem Aussterben der Tiere entgegenwirken.

All diese Punkte werden in den jeweiligen Ausschüssen, wenn erforderlich, noch ausführlicher begründet.

Zu Beginn meine HH-Rede habe ich die zu spürende allgemeine unzufriedene Stimmung angesprochen. **Viel schlimmer ist aber der aufkommende Populismus in Teilen unserer Gesellschaft.**

Wir müssen uns zusammen mit der Landkreisverwaltung ein Konzept zur Bekämpfung des auch bei uns aufkommenden Populismus und der Bewahrung unserer demokratischen Grundwerte überlegen. **Wie gehen wir damit um?** Vielleicht eine Aufgabe für „Komm“. Im ersten Schritt müsste z.B. die Aktivitäten zusammen mit dem Bündnis für Toleranz und Demokratie gesteigert werden.

gez.
Franz Lemli
für die SPD-Fraktion im Kreistag Biberach
07.11.2018